

CHRONIK DER ZEIT

Nach dem Aufstand

Der Aufstand der Arbeiter vom 17. Juni in der Sowjetzone war eine echte revolutionäre Erhebung. Er war eine der Überraschungen, die im politischen Kampf so oft eintreten. Daß ihn die Russen leicht niederwerfen würden, war vorauszusehen; dennoch wird er nachwirken und alle kommenden Auseinandersetzungen überschatten. Lehren die Kommunisten nicht selbst, daß auch niedergeschlagene Revolutionen ihre historische Wirkung haben und Meilensteine auf dem Weg zum schließlichen Sieg sind? An der Schmach, daß eine sogenannte Arbeiterregierung und die Besatzungstruppen eines angeblichen sozialistischen Arbeiterstaates ihre Panzer und Maschinengewehre auf Arbeiter gerichtet haben, die ihre gerechten Forderungen vorbrachten, an dieser Schmach wird jenes Regime noch zugrunde gehen.

Nicht an dieser Schmach allein, allerdings. Es wird noch jemand mithelfen müssen, die Tyrannei, deren morsche Grundlage hier sichtbar geworden ist, zu beseitigen. Unsere schönsten Worte werden den unterdrückten Brüdern nicht helfen, wenn wir schwach und ohnmächtig bleiben. Unsere glühendsten Kundgebungen werden ihnen nicht helfen, wenn wir nicht die Westmächte zu willigen Verbündeten bekommen, die ernstlich die deutsche Wiedervereinigung fordern und dieser Forderung den nötigen Nachdruck verleihen. Die Russen haben am 17. Juni ohne Scham gezeigt, welche Mittel die Politik letztlich entscheiden, heute wie ehemals. Worte sind es nicht.

Das Fünfpunkteprogramm des Bundestags zur Wiedervereinigung kann man billigen, aber seinen ungenügenden und fiktiven Charakter kann man nicht übersehen. Die endlose Wiederholung der Forderung nach freien Wahlen in der Sowjetzone, so gerecht sie ist, bleibt eine fiktive Politik, solange man nicht auch Gegenleistungen an Rußland fordert. Es ist schon bis zum Überdruß dargelegt worden, daß freie Wahlen praktisch die Aufgabe der Zone durch die Russen bedeuten würden — nach dem 17. Juni noch neunundneunzigprozentiger als bisher. Die Sowjets werden die Zone nicht freiwillig ohne Gegenleistungen aus der Hand geben; es ist noch nicht einmal sicher, daß sie es für eine Gegenleistung tun werden.

Mit der Forderung der Handlungsfreiheit für eine etwa kommende gesamtdeutsche Regierung ging der Bundestag einen Schritt weiter als bisher. Moskau wird aber hören wollen, welcher Gebrauch von dieser Handlungsfreiheit gemacht werden soll. Gegenüber dem bisherigen Ruf nach automatischem Anschluß Gesamtdeutschlands an den Westblock ist hier immerhin ein neuer Ton zu hören gewesen.

In das Reich der Fiktionen, aus denen der Großteil der gegenwärtigen Deutschlandpolitik zu bestehen scheint, gehört auch die Forderung nach einem „frei vereinbarten“ Friedensvertrag, der mit jener gesamtdeutschen Regierung zu schließen wäre. Solange der eine Partner wehrlos und von den Truppen seiner Besieger besetzt ist, kann kein Friedensvertrag als wirklich frei vereinbart gelten. Er ist selbstredend ein Diktatfrieden, auch wenn man ihm die Formen eines Verhandlungsfriedens gibt. Schließlich wurde in Versailles auch ein bißchen verhandelt.

Zur Forderung nach einem frei vereinbarten Friedensvertrag gehört auch die vorherige Räumung Deutschlands. Hält man das für aussichtslos, dann lasse man das „frei vereinbart“ weg. Im Krieg galt es in den alliierten Ländern für ein Verbrechen, für einen Verhandlungsfrieden statt eines Diktatfriedens einzutreten. Jetzt sieht man dieselben Länder für einen „frei vereinbarten“ Frieden in die Arena ziehen. Das Bewußtsein, daß das schwache und besetzte Deutschland dabei nicht viel mitzuvereinbaren haben wird, mag ihnen diese Forderung erleichtern. Immerhin ist der Gedanke wert, weitergepflegt zu werden, so weit auch der Weg von der Phrase zur Wirklichkeit erscheinen mag.

Das westliche Echo

Auch die Westmächte sparten nicht mit Kundgebungen der Sympathie und der Bewunderung für die Ostberliner und mitteldeutschen Arbeiter. Der erste Schritt der alliierten Kommandanten in West-Berlin war allerdings, jegliche „Anstiftung“ von der Hand zu weisen — der Londoner *Economist* findet das bedauerlich. Die alliierten Kommandanten haben den Aufstand bestimmt nicht angestiftet, aber warum diese Eile, das zu beteuern und sich von den Aufständischen zu distanzieren? Auch hier wäre ein Ausdruck des Bedauerns, den Freiheitskämpfern nicht helfen zu können, eher am Platze gewesen. Der *Economist* deutet an, die Locarno-Politik Churchills sei durch den 17. Juni torpediert worden. Er habe ein appeasement versucht, die aus Hitlerzeiten bekannte Beschwichtigungspolitik. Die englische Zeitschrift läßt durchblicken, daß sie ein schärferes Frontmachen des Westens gegen die Russen jetzt für angebracht hielte.

Alle Beteiligten überdenken jetzt die Lage im Licht der Ereignisse vom 17. Juni. Der scheinbar weichere russische Kurs — die gepanzerte Krallen unter der Sammetpfote kam erst am 17. Juni zum Vorschein — und die Churchill-Rede haben unzweifelhaft zu den auslösenden Momenten des mitteldeutschen Aufstands gegen das kommunistische Regime gehört. Revolutionen brechen gewöhnlich erst

aus, wenn das Volk glaubt, Schwächezeichen an den Herrschenden zu bemerken. Die mittel-deutschen Arbeiter dachten, die Russen werden in diesem Augenblick nicht schießen, weil sie doch gutes Wetter im Westen haben wollen — sonst hätten sie doch nicht seit Stalins Tod mit dem Schweif gewedelt. Seit dem 17. Juni denken die mitteldeutschen Arbeiter wahrscheinlich anders über die Lage. Das wahre Gesicht Moskaus ist ihnen jetzt bekannt — auch der westlichen Welt ist es deutlicher geworden.

Denn der Glaube, daß Moskau es ehrlich meint und daß man mit ihm zu einer befriedigenden Einigung kommen kann, ist im Westen durch die Brutalitäten des 17. Juni erschüttert worden. Für Churchills wohlge-meinten Vorschlag war der Tag der Sowjetpanzer wirklich ein schwerer Schlag. Moskau hat der Welt demonstriert, daß es die Zone fest in der Hand zu behalten gedenkt. Auf die Forderung nach freien Wahlen antwortet es mit Panzern.

Deutschland und der Atlantikpakt

Die Gegner einer baldigen Viererkonferenz haben begreiflicherweise Oberwasser bekommen. Die Deutschlandpolitik der Mächte ist im Augenblick verworrener als je zuvor. Indes die europäische Gespenstermühle in Bonn und Straßburg weiterläuft, wird immer stärker die Alternative zur EVG diskutiert. Es gibt nur eine: die Aufnahme Deutschlands in die NATO. Die *Washington Post*, welche die Meinungen wichtiger politischer Kreise um das Capitol wiederzugeben pflegt und manchmal als offiziös gilt, spricht von dem „*dicht bevorstehenden Bankrott der EVG*“ und tadelt die amerikanische Regierung dafür, daß sie diesen fiktiven Plan zum festen Bestandteil ihrer Politik gemacht hat. Wer das in Deutschland tut, gilt in Bonn immer noch als Bösewicht. Das amerikanische Blatt verlangt, mit vielen anderen, die direkte Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikpakt. Es gehört nicht viel politische Prophetengabe dazu, vorauszusagen, daß dies der Weg ist, den die tatsächliche Entwicklung gehen wird. Frankreich wird wieder hindern und verzögern, solange es kann, aber auf die Dauer wird sich das Naturnotwendige durchsetzen.

General *Bradley* hat vor dem Kongreß die gleiche Forderung aufgestellt. Ohne die Deutschen geht es nicht, hören wir zum hundertstenmal. Die realistischen Generale sind bereit, den an sich bescheidenen Preis zu zahlen. Die Politiker sind es noch nicht alle. Das offizielle Amerika ist in dieser Frage gespalten. Staatssekretär *Merchant* erwiderte, die öffentliche Meinung werde keine selbständige deutsche Armee dulden, keinen deutschen Generalstab, keine deutschen Divisionen „oder gar Korps“ mit eigenem Nachschub, keine eigene deutsche

Kriegsindustrie. Solange sich die Westmächte nicht aus dem Bann ihrer eigenen früheren Propaganda befreien, werden sie nur ihre eigene Politik behindern.

Es wäre die Aufgabe der deutschen Regierung und der deutschen Presse, auf diese und ähnliche Tatsachen hinzuweisen. Wir haben unseren Anspruch auf volle Freiheit und Gleichberechtigung mit denen anzumelden, die uns zu Verbündeten haben wollen.

Probleme eines neuen Paktes

Im Atlantikpakt stehen nur defensive Vereinbarungen, die man an sich unbedenklich unterschreiben kann. Das Hauptproblem bleibt wieder die deutsche Souveränität und Gleichberechtigung. Nachdem der Bundestag so viele Beschränkungen in dieser Hinsicht in Gestalt der bisher vorliegenden Verträge angenommen hat, werden die Westmächte versuchen, auch den Beitritt zum Atlantikpakt, wenn er spruchreif wird, mit solchen Beschränkungen zu garnieren. Es wird auch in der Bundesrepublik nicht an Politikern fehlen, die zur Annahme dieser Beschränkungen wiederum bereit sein werden. Demgegenüber muß auf die unbedingte Notwendigkeit voller Souveränität und Gleichberechtigung in diesem neuen Rahmen hingewiesen werden. Keine Notstandsklausel und keine Ausschaltung von den politischen Entscheidungen kann hier akzeptiert werden, ebensowenig ein Status der alliierten Truppen, solange sie hier sind, der von dem Status der amerikanischen Truppen in England oder Frankreich verschieden wäre. In den bisherigen Verträgen hat man die alliierten Vorrechte mit dem Hinweis auf das „Europa“ maskiert, das hier gebaut würde und indirekt die deutsche Mitbestimmung bringe, im übrigen ein Opfer wert wäre. Im Atlantikpakt kann man mit solchen Sachen nicht operieren. Dort würde ein Vasallenverhältnis zu deutlich ins Auge springen, und keine Regierung hätte die Möglichkeit, es vor dem Volke „europäisch“ zu verhüllen.

Der Atlantikpakt würde Deutschland weit weniger binden als die EVG es täte. Er würde auch etwaigen Verhandlungen mit den Russen weniger im Wege stehen, und solche Verhandlungen müßten nicht notwendigerweise den Beitritt der Bundesrepublik zum Atlantikpakt verzögern. Eine etwa kommende gesamtdeutsche Regierung müßte selbstredend auch in diesem Falle Handlungsfreiheit haben, d. h. bei einer Wiedervereinigung Deutschlands würde der Beitritt seiner westlichen Hälfte zum Atlantikpakt automatisch zu erlöschen haben. Kommt es zu einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, so wird der Atlantikpakt wahrscheinlich ohnehin überflüssig, denn dann sollten ja die Gegensätze zwischen West und Ost beigelegt sein, und der deutsche

Puffer in der Mitte würde die gegenseitige Bedrohung der Weltkolosse mildern. Eine baldige Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt der Bundesrepublik zum Atlantikpakt würde jedenfalls die Verhandlungsbereitschaft der Russen fördern; schiebt man Pakt und Bewaffnung hinaus, so hat der Russe keinen Grund zur Eile.

Die besondere Lage Deutschlands würde, wie angedeutet, einige Sonderklauseln im Atlantikpakt notwendig machen. Im Kriegsfall wäre zu bedenken, daß die anderen Mitglieder nur defensive Interessen haben, indes Deutschland für diesen Fall wohl die Wiedervereinigung und die Rückgabe seiner Ostgebiete verlangen müßte. Das wird ja u. a. von Frankreich als Grund für seine Ablehnung einer Aufnahme Deutschlands in den Atlantikpakt angeführt. Es wird auch hier eine deutsche Aufgabe sein, der Welt klarzumachen, daß ein Bündnis auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Die Welt schaudert davor zurück, für die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Rückgabe der deutschen Ostgebiete einen Krieg zu führen. Man kann auch nicht erwarten, daß sie für diese Ziele einen Krieg beginnt; aber wenn er aus anderen Gründen ausbricht, und der Atlantikpakt sieht ja Krieg nur für den Fall eines russischen Angriffs vor, so kann Deutschland sehr wohl verlangen, daß seine elementaren Ziele von seinen Verbündeten zu den ihren gemacht werden.

Die Viererkonferenz

Wird es überhaupt zur Viererkonferenz kommen? Amerika will nicht recht. Bonn will auch nicht recht, hat sich aber doch zur grundsätzlichen Gutheißung einer Konferenz durchgerungen, und man kann aus dem Regierungslager Stimmen hören, die bereits eine deutsche bewaffnete Mittelstellung auf Grund einer Viermächtevereinbarung für akzeptabel halten, wenn auch noch einige Tränen über das sodann dahinschwindende vereinigte Europa mit dem halbierten Deutschland vergossen werden. Allmählich dämmert es immer mehr. Leuten, daß die Vereinigung Deutschlands den Deutschen wichtiger sein muß als die Vereinigung ihrer Westhälfte mit anderen Ländern.

Die Erkrankung Churchills hat inzwischen zur Vertagung der Bermuda-Konferenz auf unbestimmte Zeit geführt. Man dürfte es auch weiterhin mit einer Konferenz nicht eilig haben. Die Bundesregierung brachte die Befürchtung zum Ausdruck, daß eine Konferenz im jetzigen Stadium eine Einigung auf deutsche Kosten mit sich bringen könnte. Man kann sich das aber doch ziemlich schwer vorstellen, denn wenn das möglich wäre, hätten die Alliierten es schon lange getan. Das Schlimmste, was geschehen kann, ist wohl die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, der ja faktisch eine vorläufige

Einigung der Alliierten des letzten Krieges auf Kosten Deutschlands darstellt. Selbst eine unbewaffnete Neutralität eines vereinigten Deutschlands unter Viermächtekontrolle würde vom Volk zunächst dem jetzigen Zustand vorgezogen werden, am meisten von den Deutschen in der Sowjetzone, die vor allem von der russisch-kommunistischen Herrschaft befreit werden wollen. Dieses Projekt hat aber aus schon früher dargelegten Gründen wenig Aussicht, vom Westen angenommen zu werden.

Die Bundesregierung hat nicht unrecht, wenn sie auf dem Standpunkt steht, mit den Russen könne man nur von einer Position der Stärke aus verhandeln. Eine Politik, die vor allem darauf hinstrebt, wenigstens die Bundesrepublik wieder zu einer Macht zu machen, ist richtig. Es ist aber fraglich, ob die Politik der Bundesregierung dieses Ziel mit den richtigen Mitteln verfolgt.

Man muß die Viererkonferenz wünschen. Eine andere Frage ist es, ob man sich viel davon versprechen kann. Seit dem 17. Juni wird diese Frage von vielen skeptisch beantwortet, anscheinend auch von Churchill selbst. Wenn nichts dabei herauskäme als jahrelange Redereien und eine Verzögerung einer militärischen Wiedererstarke der Bundesrepublik unter annehmbaren Bedingungen — wenn die Wiederbewaffnung unter den jetzt vorgesehenen Bedingungen hinausgeschoben wird, so halten das viele für kein so großes Unglück —, so wäre die Konferenz zwecklos. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß ein französisch-russisches Zusammenspiel in dieser Richtung sich auf der Konferenz leicht entwickeln könnte. Ein jahrelanger Konferenzleerlauf mit gleichzeitigem Stillstand der praktischen Deutschlandpolitik wäre den Pariser Politikern vielleicht nicht minder willkommen als denen in Moskau, so unklug das von ihnen auch ist. Ganz unbegründet sind die Besorgnisse der Bundesregierung hinsichtlich der Konferenz doch nicht.

Ostasien

Der Koreakrieg ist zur Stunde immer noch nicht beendet. Der dritte Jahrestag des Krieges am 25. Juni ging vorüber, ohne die erhoffte Unterzeichnung des Waffenstillstandes gebracht zu haben. Im Gegenteil wurde mehr an der Front gekämpft als bisher. *Syngman Rhee* hat verzögernd eingegriffen. Die Freisetzung der antikommunistischen Kriegsgefangenen hat auf Sowjetseite überraschenderweise nicht zu einer so scharfen Reaktion geführt, wie anzunehmen war; sie war dennoch ein sehr ernster Schritt. Der Spott, mit dem der alte koreanische Nationalführer in der Weltpresse übergossen wird, ist jedoch unangebracht. Seine Lage ist tragisch. Es geht schließlich um sein Land, und die Anstrengungen und Opfer Südkoreas in

diesem Kriege waren nächst den amerikanischen die größten. Leute, die keinen Mann und keinen Pfennig zur Verteidigung Südkoreas beigetragen haben, sollten mit der Verhöhnung Rhees zurückhalten. Wir sind die letzten, denen der alte Reaktionär politisch willkommen wäre, aber seine Handlungsweise ist verständlich. Eine andere Frage ist es, ob er nicht die Grenzen der Wirklichkeit überschreitet. Seine Drohung, den Krieg notfalls allein fortzusetzen, ist ebenso absurd wie die gelegentlich von Amerika zu hörende Drohung, die UNO werde Südkorea gegebenenfalls räumen.

Für uns Deutsche ist der koreanische Krieg ein warnendes Beispiel. Er zeigt, daß ein halbirtes Land sehr wohl genötigt werden kann, einen jahrelangen Krieg an der Seite seiner viel stärkeren Alliierten zu führen, um dann als Ergebnis — eine Fortdauer seiner Teilung, den *Status quo ante bellum* zu bekommen. Die Befürchtung, daß uns das ebenfalls passieren könnte, erscheint also nicht unberechtigt, und um so mehr müssen wir den Einbau entsprechender Sicherungen in einen etwaigen Bündnisvertrag verlangen. Wenn wir in die gleiche

Lage kämen wie Südkorea, so wären unsere Karikaturisten mit der Verhöhnung eines Staatsoberhauptes, das in der gleichen Lage wäre wie heute Syngman Rhee, vielleicht vorsichtiger.

Im indochinesischen Krieg führte die neue Schwächung der militärischen Lage Frankreichs zu einer Verstärkung der Nationalbestrebungen in dem bisher profranzösischen Lager. Bao-Dai und seine Freunde fordern immer mehr Freiheit, wobei sie Amerika hinter sich wissen. Der König von Kambodscha floh sogar vorübergehend ins Ausland, um gegen die französische Herrschaft zu protestieren. Auch die diversen Völkerschaften Indochinas lehnen es ab, sich für die Fortdauer fremder Herrschaft zu schlagen; sie wünschen Unabhängigkeit. Was Frankreich tun wird, ist noch unklar. Gelegentlich kann man schon französische Stimmen hören, die eine Aufgabe Indochinas verlangen; sie werden sich aber zunächst kaum durchsetzen. Der endlose, kostspielige Krieg in der ostasiatischen Kolonie steht im Hintergrunde der ewigen französischen Regierungskrisen. Eine Lösung scheint hier noch schwieriger als in Korea. WALTER THEIMER